



Information der SPD Kreistagsfraktion Düren

03/16
10 Juli 2016

Einstimmig beschließt der Kreistag am 30.06.2016 nachstehende Resolution Ein klares Ja zu öffentlicher Sicherheit und Ordnung, jederzeit, an jedem Ort!

SPD Kreistagsfraktion Düren

Telefon: 02421/22-2327
Fax: 02421/22-2060
E-Mail: spd@kreis-dueren.de
Bürozeiten:
Mo. bis Do. 08.30-16.30 Uhr
Fr. 08.30-13.00 Uhr
www.spd-kreis-dueren.de

Fraktionsassistentin
Peggy Burtscheidt
Geschäftsführer

Sitzungstermine

Vorstand:
Montag 29.08.2016

Fraktion:
Montag 05.09.2016
Montag 19.09.2016
Montag 26.09.2016

Grundsätze der politischen Arbeit

- Miteinander vor Ort - Zukunftsgerecht
Gut haushalten
- Bildung fördern
- Familien stärken
- Alle mitnehmen
- Partnerschaft organisieren
- Arbeitsplätze sichern
- Finanzen des Kreises in Ordnung bringen

Die im Hambacher Forst begangenen Straftaten stellen, unbeschadet der Frage nach Hindernissen der Strafverfolgung durch die vermeintliche oder tatsächliche Unmöglichkeit der Ermittlung von Tätern, eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar.

Mit Gefährdung für Leib und Leben von Mitarbeitern des bergbautreibenden Unternehmens, Polizeikräften und Demonstranten werden von bislang nicht identifizierten Tätern immer wieder Aktionen durchgeführt, die eine konsequente strafrechtliche Verfolgung erfordern.

Der Beschuss von Menschen mit sogenannten Präzisionsschleudern, deren Genauigkeit und Durchschlagskraft mit Schusswaffen vergleichbar ist, muss dabei mit gleicher Konsequenz verfolgt werden, wie Anschläge mit Feuerwaffen. Die Sabotage von Betriebseinrichtungen, z.B. durch die Anbringung von Hakenkrallen an die Fahrleitung der Betriebsbahn, oder das Anlegen lebensgefährlicher Fallen auf dem Betriebsgelände bzw. im Tagebauvorfeld, sind ebenso gemeingefährliche Straftaten, die das Gemeinwesen nicht dulden darf. Sie müssen geahndet werden, wie andere Gewaltanschläge auch.

Wer mit seinen Taten das Leben, oder die körperliche Unversehrtheit von Menschen vorsätzlich gefährdet, darf nicht mit Nachsicht rechnen können. Zudem gilt: Wer solche Täter deckt, macht sich mitschuldig.

Eine Bagatellisierung jedweder Art untergräbt zudem das Vertrauen der Menschen in den Schutz, den sie mit Recht von den staatlichen Organen erwarten. Sollte es nicht möglich sein, durch die Ermittlung und anschließende tatbestandsmäßige Strafverfolgung der Täter die Gefährdungslage nachhaltig zu verbessern, müssen präventive Maßnahmen zur Gefahrenabwehr ins Auge gefasst werden, die geeignet sind solche Straftaten zukünftig zu verhindern. Es ist unerträglich und nicht zu rechtfertigen, dass eine kleine Gruppe von Menschen über Monate hinweg den Rechtsstaat ohnmächtig erscheinen lässt.

Die demokratische Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland garantiert, dass alles staatliche Handeln an das Gesetz gebunden ist, vor dem Gesetz alle Bürger gleich sind und unabhängige Gerichte die Bürger vor willkürlichen Eingriffen des Staates schützen. Ebenso fixiert sie das Gewaltmonopol des Staates. Jedwede gewalttätige Aktionen zur Durchsetzung politischer Interessen oder Ziele ist daher grundsätzlich abzulehnen. Dabei ist die Frage beziehungsweise Bewertung von Motiven oder Zielen unbeachtlich.

Es geht angesichts der Vorkommnisse im Hambacher Forst nicht um die Frage Braunkohle ja oder nein- es geht um ein klares Bekenntnis: Gewalt darf niemals legitimes Mittel der Auseinandersetzung sein. Jeder der Gewalt anwendet, verstößt gegen das Recht und wird zur Rechenschaft gezogen!

Das Büro ist in der Zeit vom 11. Juli 2016 bis zum 21. August 2016 nur sporadisch besetzt. Bei ganz wichtigen Dingen ist der Geschäftsführer unter 0171 7971993 zu erreichen.

Die SPD Kreistagsfraktion wünscht Allen schöne Ferien